

30. November 2023

Tarifvertrag für Hilfskräfte und Tutor*innen: Über 2.000 Wissenschaftler*innen appellieren in einem offenen Brief an Finanz- und Wissenschaftsminister*innen

Eine Woche vor dem dritten Verhandlungstermin in der laufenden Tarifrunde der Länder haben sich am heutigen Tage mehr als 2.200 Wissenschaftler*innen, darunter über 730 Professor*innen, als Erstunterzeichner*innen in einem offenen Brief an die zuständigen Finanz- und Wissenschaftsminister*innen gewandt, um die gewerkschaftliche Forderung einer Aufnahme der studentischen Beschäftigten in den Tarifvertrag der Länder (TV-L) zu unterstützen. [1]

„Kein Forschungsprojekt und keine Professur funktionieren ohne die Mitarbeit von studentischen Mitarbeiter:innen. Das sind in großen Teilen durchaus qualifizierte, fachspezifische Tätigkeiten – das alte Bild vom „Hiwi“ am Kopierer ist schon lange überholt. Wir bezahlen aber weniger Gehalt als die Kneipe um die Ecke, häufig gerade mal den Mindestlohn. Wer auf das Geld wirklich angewiesen ist, hat es also schwer mit einer Beschäftigung an der Uni. Die Folge sind soziale Ungerechtigkeiten. Und wir Wissenschaftler:innen und Lehrende schöpfen damit ein wichtiges Potenzial an qualifiziertem Nachwuchs nicht aus. Ein Tarifvertrag könnte dies ändern. Zudem ist es überhaupt ein Anachronismus, dass es an Universitäten noch tariflich nicht geregelte Tätigkeitsfelder gibt. Daher unterstütze ich das Anliegen der studentischen Beschäftigten nach einem Tarifvertrag nachdrücklich“, so **Dr. Wolfgang Menz, Professor für Soziologie, insb. Arbeit, Organisation und Innovation** an der Universität Hamburg.

Die Unterzeichner*innen des offenen Briefes kritisieren, dass es *„ein erhebliches Gerechtigkeitsdefizit“* sei, dass die bundesweit über 300.000 Hilfskräfte und Tutor*innen im Gegensatz zu den anderen Hochschulbeschäftigten vom TV-L ausgenommen sind. Gerade dem Staat, den die Minister*innen repräsentieren, komme als Arbeitgeber *„eine besondere Vorbildfunktion zu, wenn es darum geht, die Anwendung von Tarifverträgen zu gewährleisten“*. *„Die tarifliche Absicherung“,* so heißt es in dem offenen Brief weiter, *„sollte keine Ausnahmen kennen, schon gar nicht im öffentlichen Dienst.“* Diese sei *„ein Mindeststandard“*.



Die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen und einer Tarifierung ist in sieben Koalitionsverträgen als Ziel verankert, zwei weitere Länder haben sich in anderen Beschlüssen und Stellungnahmen dafür ausgesprochen und in Berlin existiert bereits seit 1980 ein Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte (TVStud) [2]. Trotzdem sieht der Verhandlungsführer und Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes (Tarifgemeinschaft deutscher Länder), Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel, derzeit keine Mehrheit für einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte. Im Rahmen der letzten Verhandlungsrunde verwiesen die Finanzminister*innen auf die Wissenschaftsministerien. Doch auch für diese gelten die gleichen Koalitionsverträge; erst vergangene Woche signalisierte auch das Wissenschaftsministerium in Sachsen-Anhalt, sich gegenüber einem Tarifvertrag nicht verschließen zu wollen. Zudem hatten mehrere Wissenschaftsminister*innen zu Beginn des Jahres und im Anschluss an die Studie „Jung, akademisch, prekär“ [3] erklärt, wie notwendig in Anbetracht der aufgezeigten strukturellen Missstände ein Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte sei. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 7./8. Dezember 2023 in Potsdam statt.

[1] Zum offenen Brief und der Unterzeichner*innenliste:

<https://tvstud.de/2023/11/30/solidaritaet-mit-der-tarifbewegung-studentischer-beschaeftigter/>

[2] Zu den Positionen der Länder und Minister*innen im Einzelnen:

<https://tvstud.de/2023/11/12/es-steht-10-zu-5/>

[3] Zur Studie „Jung, akademisch, prekär“: <https://www.iaw.uni-bremen.de/f/b1d9874527.pdf>

Für **Rückfragen und Gespräche** stehen Ihnen zur Verfügung:

- Prof. Dr. Wolfgang Menz, Professur für Soziologie, insb. Arbeit, Organisation und Innovation an der Universität Hamburg, stellvertretend für die solidarischen Professor*innen, erreichbar unter: 0176 / 27 28 29 98
- Merle Koch, wissenschaftliche Hilfskraft und Vertreterin der Tarifbewegung Studentischer Beschäftigter (TVStud), erreichbar unter: 0157 / 34 63 43 64
- mail@tvstud.de für allgemeine Nachfragen

